

DIE GRÜNDUNG DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE 1945

Vorbemerkung

Am 10. Juni 1945 wurde durch Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD) die Bildung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen in der Sowjetischen Besatzungszone zugelassen¹. Zu diesem frühen Zeitpunkt – einen Monat nach der deutschen Kapitulation und fünf Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz – hatte niemand mit einer derartigen Maßnahme gerechnet; selbst die Anfang Mai in Berlin eingetroffenen KPD-Spitzenfunktionäre der „Gruppe Ulbricht“ wurden davon erst kurz vorher in Kenntnis gesetzt². Die Motive des sowjetischen Vorgehens sind zwar nur zu vermuten, mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch waren sie „gesamtdeutscher“ Natur; die in der alten Reichshauptstadt lizenzierten Parteigruppen erhielten nicht nur zugleich die Funktion von Zonenvorständen für die SBZ, sondern sie sollten auch die Führung der in Westdeutschland zu erwartenden Parteibildungen übernehmen.

Es ist nicht eindeutig zu sagen, welche Vorstellungen die sowjetische Besatzungsmacht von einem neuen deutschen Parteiensystem hatte. Mit der Wiedergründung des Zentrums neben KPD und SPD scheint man fest gerechnet zu haben, ließ es aber offen, welche anderen bürgerlichen Parteien zugelassen würden³. Allerdings dürfte mindestens eine weitere Partei dringend erwünscht gewesen sein. Dem kam die Entwicklung in Berlin entgegen. –

Der Befehl Nr. 2, durch Presse⁴ und Anschlag bekanntgemacht, traf auf eine völlig unvorbereitete deutsche Öffentlichkeit. Berlin hatte sich in der Weimarer Republik durch ein reges gesellschaftliches Leben ausgezeichnet⁵, von dem sich einige Clubs und „Gesellschaften“ auch in der Zeit des Dritten Reiches halten konnten und als „schweigende Opposition“ (Rothfels) das Ende des Regimes erwarteten. Im Chaos der letzten Monate und Wochen vor der Kapitulation waren jedoch die meisten dieser Verbindungen unterbrochen worden – nicht zuletzt wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse. Aber auch danach dauerte es noch lange bis zu einer Normalisierung. Die am 16. Juni 1945 von Reichsjustizminister a. D. Eugen Schiffer und seinem Schwiegersohn Dr. Waldemar Koch in dessen Haus geladene erste Versammlung der Parteigründer war darum sehr zufälliger Zusammensetzung: mit dem Kaufmann und Journalisten Albert-Willy Meyer (früher DDP), dem Reichsinnenminister a. D. Dr. Wilhelm Külz, dem Schrift-

¹ Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland; Berlin 1946, S. 9f.

² Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*; Köln und Berlin 1955, S. 389ff.

³ Der KPD-Gründungsaufruf spricht von „der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer“.

⁴ „Berliner Zeitung“ vom 10. Juni 1945.

⁵ Helmut Weidmüller, *Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik*; masch.schriftl. Diss., Berlin 1956.

steller Franz Xaver Kappus und dem TH-Professor Dr. Wilhelm Eich fand sich ein Kreis von sechs Leuten aus der persönlichen Bekanntschaft von Schiffer und Koch, der verkehrsmäßig günstig zueinander wohnte⁶.

Die Sechs handelten ganz aus eigener Initiative und ohne zu wissen, ob nicht eventuell bereits andere bürgerliche Politiker ähnliches vorhatten. Angesichts der aktiven KPD, die bereits am 11. Juni mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten war, tat Eile not: um, wie es Külz formulierte, „wenigstens der Kommunistischen Partei gegenüber einen Anfang zu einer nichtkommunistischen Parteibildung zu schaffen“⁷.

„Ich bin überzeugt, daß einen größeren Widerhall in Deutschland diese Parteigründung nicht finden wird, weil sie ihn eben einfach nicht finden kann. Erst, wenn wieder der Verkehr einigermaßen über ganz Deutschland hinweg und vor allem auch in Berlin in Ordnung kommt, läßt sich hier auf breiterer Grundlage arbeiten. Bis dahin sind solche Gründungen lediglich ein Signal, oder, wenn man will, eine Fahne, die man als Wahrzeichen kommender Möglichkeiten hißt“⁸.

Auf der Grundlage einer von Koch vorgelegten und allgemein gebilligten Satzung konstituierten sich die Anwesenden als Hauptausschuß der „Deutschen Demokratischen Partei“; „Sitz der Partei ist Berlin-Wilmersdorf“. Unbestrittener Erster Vorsitzender wurde Waldemar Koch⁹: einmal weil er einer der Initiatoren des Treffens war; zum anderen war er der Schwiegersohn Schiffers, der in diesem Kreise zunächst über die größte Autorität verfügte, sich aber zum Vorsitzenden zu alt dünkte; schließlich aber auch, weil Koch ein intaktes Büro zur Verfügung stellen konnte. Zweiter Vorsitzender wurde Wilhelm Külz. Aus praktischen Gründen verzichtete man zunächst auf jede Programmdiskussion, Koch und Külz wurden jedoch beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen. –

Am 20. Juni¹⁰ wandte sich Koch – unsicher, ob die Registrierung bei der Stadtverwaltung oder der Besatzungsmacht vorzunehmen sei – an die nächste Kommandantur, Halensee, von wo er zur übergeordneten Bezirkskommandantur Wilmersdorf gebracht wurde.

„Oberst Zaitzew stellte einige Fragen, z. B. ob wir nur in Wilmersdorf zu arbeiten gedächten. Dies habe ich verneint. Ferner fragte er, ob wir viele Mitglieder hätten. Ich habe erklärt, daß wir zunächst absichtlich nur Vorstand und Hauptausschuß besetzt, uns im übrigen aber der Werbung von Mitgliedern enthalten hätten. Er erwähnte auch, daß möglicherweise bereits eine Partei gleichen Namens gegründet hätte. [sic] Dieser Punkt wurde aber nicht weiter erörtert.“

⁶ Zeitweilig anwesend ohne sich zu beteiligen waren Dr. Max Roscher, Paul Bourdin, Gustav Noske. (Eigene Information.)

⁷ Aufzeichnung zur Gründungssitzung (ohne Datum); Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

⁸ ebd.

⁹ Koch hatte sich außer als Vorsitzender des Bürgerrates von Groß-Berlin 1918/19 politisch nicht betätigt, stand jedoch der Gruppe um Treviranus nahe. 1930 wurde er Dozent an der TH Berlin, 1934 wurde ihm die Lehrbefugnis wieder entzogen.

¹⁰ Die folgende Darstellung verwertet, sofern nicht anders angegeben, die Aktennotizen von Prof. Koch, die er unmittelbar nach seinen Unterredungen aufsetzte. Er war so liebenswürdig, sie mir zur Verfügung zu stellen.

Am Tage zuvor, also drei Tage nach der Gründungssitzung, hatte man über Külz erstmals Kontakt zu anderen politischen Gruppen bekommen. Koch notierte am 20. Juni:

„Herr Reichsminister Dr. Külz erwähnte gestern, daß er soeben gehört hätte, daß von anderer Seite ein demokratischer Zusammenschluß erörtert würde. Als Personen wurden Prof. Spranger, Lemmer, Ersing, Prof. Sauerbruch genannt. Ob hierhinter wirklich etwas steckt, ist nicht zu sagen.“

Tagelang blieb man über die Vorgänge bei anderen Gruppen völlig im Unklaren und war auf Gerüchte angewiesen. Am 22. notierte sich Koch:

„Ich hörte, daß in Zehlendorf Unterhaltungen über die Gründung einer ‚Demokratischen Aufbaupartei‘ schweben. Beteiligt sind hierbei Hermes, Ersing, Kaiser, Schreiber, Friedensburg, Lemmer, Sauerbruch, Spranger, Brammer. Den letzteren hätten Dr. Külz und Dr. Roscher gelegentlich der Beerdigung von Präsident Saenger getroffen und ihm wohl von unserer Arbeit berichtet.“

Am selben Tage, einem Freitag, sprach Koch wieder bei der Kommandantur Wilmersdorf vor, wo er von Major Plaksin empfangen wurde:

„Ich habe Plaksin gesagt, daß es sich um einen Zusammenschluß der verschiedenen bürgerlichen Parteien handelt, nicht etwa nur um einen solchen der früheren demokratischen Partei. Er sagte, daß, wenn es sich um eine Betätigung in Wilmersdorf handle, die Angelegenheit von ihm entschieden werden könne. Nachdem dies nicht der Fall sei, was ich unterstrich, liegt die Entscheidung bei einer höheren Stelle. Er will sich mit dieser unverzüglich in Verbindung setzen.“

Inzwischen war die „Deutsche Demokratische Partei“ am 21. Juni in Wilmersdorf ins Vereinsregister eingetragen worden; da dazu sieben Mitglieder nötig waren, unterschrieb der von Külz eingeführte Arthur Lieutenant nachträglich das Gründungsprotokoll.

Einen Tag später nahm der von der Besatzungsmacht eingesetzte Bürgermeister von Steglitz, Schwarz, durch einen Mittelsmann, den früheren Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Trucksaess, Verbindung zu Koch auf. Schwarz, früher Berliner Fraktionsvorsitzender der DVP, wollte eine „Liberale Partei“ für Kreise aus der DDP und DVP gründen. Am 23. kamen Schwarz und Trucksaess gemeinsam zu Koch. Schwarz berichtete, daß er Persönlichkeiten aus der DVP, dem Zentrum und aus Kreisen der Konservativen habe, die zwar gern eine gemeinsame Partei gründen wollten, aber keinesfalls unter dem Namen DDP.

„Viele würden fernbleiben, weil sie unter der neuen Partei eine Fortsetzung dessen vermuten, was früher in der Demokratischen Partei vereinigt war.“

Schwarz schlug deshalb vor, das Wort „liberal“ im Namen zu verwenden und berichtete, daß in Steglitz eine solche liberal-demokratische Partei bereits gegründet und registriert sei, an deren Spitze Dr. Hamel, aus einem Kreis um den 20. Juli stammend, stünde. Die Dringlichkeit der richtigen Namensgebung unterstrich Trucksaess noch mit einer von Marschall Shukow berichteten Äußerung, daß die Kennzeichnung „demokratisch“ sich für jede Partei von selbst verstünde. Schwarz wußte weiter zu berichten, daß bei der SPD, zu der er über Dahrendorf

Beziehungen hatte, der dringende Wunsch nach einer baldigen Konstituierung der bürgerlichen Parteien herrsche. Außerdem werde das Auftreten der Russen die Sympathien für die KPD keineswegs wachsen lassen, und schließlich glaubte er zu wissen, die Russen würden sich nicht nur auf die Unterstützung der KPD konzentrieren. Aber auch wegen des Kampfes um die Posten in der Verwaltung sei es erforderlich, bald als Partei „dazusein“. – Als der Hauptausschuß mit Mehrheit beschloß, den Namen DDP beizubehalten – eine „liberale Partei“ würde die Katholiken fernhalten! – sagte Schwarz seine Beteiligung ab in der Erwartung, daß eine solche auf jeden Fall entstände¹¹.

Erst zwei Wochen nach der Gründungssitzung, am 29. Juni, kam der erste direkte Kontakt zur CDU-Gruppe zustande, indem Koch Walther Schreiber aufsuchte, den langjährigen preußischen Minister aus der Demokratischen Partei, der mit Andreas Hermes dann bis zum Dezember 1945 den Vorsitz der CDU innehatte.

„Dieser empfing mich einigermaßen kühl. Er verlas auf meinen Wunsch den Aufruf, von dem er sagte, daß er vielleicht heute schon zu lesen sein würde¹². Ich sagte ihm, daß mir der Name der Partei untragbar erschiene. Wenn man auch der Ansicht sein könne, daß Namen nicht entscheidend sind, so sei hier der Name doch ein ausgeprägtes Banner. Minister Schreiber sagte, daß der Name von ihm vorgeschlagen worden sei als ein Kompromiß; welcher andere Name dann ginge. Ich sagte z. B. ‚Demokratische Volkspartei‘. Dies war von ihnen auch schon erörtert worden, aber augenscheinlich nicht durchgedrungen.“

Die Möglichkeit eines Zusammengehens der beiden Gruppen war damit von vornherein ausgeschlossen. Für Hermes und Schreiber kam zumindest zu diesem Zeitpunkt nur noch der Anschluß der Liberalen an die CDU in Frage, da diese mit der Veröffentlichung des Gründungsaufrufs faktisch bestand. Bis dahin hatte man die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen durchaus gesucht und es auch erreicht, daß z. B. eine National-Demokratische Partei auf ihre Gründung zugunsten der Mitarbeit bei der CDU verzichtete¹³. Das Zusammengehen mit der profilierten Gruppe der Liberalen jedoch hätte einen echten Kompromiß erforderlich gemacht, und zwar in jedem Falle auf Kosten des Wortes „christlich“ im Parteinamen – dazu aber war man nicht bereit. Die Koch-Külz-Gruppe dagegen hatte ihrerseits so viel Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit in der Abschätzung ihrer politischen Aussichten, daß auch ihr an einem Zusammengehen mit der Gruppe Hermes/Schreiber niemals ernsthaft gelegen war; zudem sah man in der CDU, wie es Külz in einem Brief an Johannes Dieckmann vom 25. Juli 1945 ausdrückte¹⁴,

„ein getarntes Zentrum mit demokratischem Anhängsel, bei dem diese Tarnung offenbar nicht gemerkt worden ist; sie ist aber zweifellos da. Genau so, wie 1918 das Zentrum sich vorübergehend christlich-soziale Volkspartei nannte, so etabliert es sich jetzt als christlich-demokratische Union. Das Schwergewicht der Union liegt

¹¹ Später ging die Gruppe Schwarz in Steglitz in die LDP ein, führte aber noch lange als „Gruppe West“ ein Eigenleben.

¹² Erstmals in „Berliner Zeitung“ vom 29. Juni 1945.

¹³ Eigene Information.

¹⁴ Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

ganz klar erkennbar beim Zentrum. Wir beabsichtigten unsererseits, die von uns gegründete Partei ganz schlicht und einfach Deutsche Demokratische Partei zu nennen, als aber die Christliche Union mit ihrer Namensgebung hervortrat, haben wir bewußt unsere Abgrenzung gegen diese Christliche Union Liberal-Demokratische Partei genannt.“

Die Bildung der beiden Parteigruppen war somit völlig selbständig und ohne Eingriffe seitens der Besatzungsmacht erfolgt. Allerdings konnte diese den Lizenzierungszwang zur Steuerung und Beeinflussung der Vorgänge benutzen.

Nach seinem Antrag vom 22. Juni in Wilmersdorf bemühte sich Koch in den folgenden Tagen vergeblich um eine Auskunft. Als am 26. noch immer kein Bescheid vorlag, schlug er dem Major Plaksin vor, selbst nach Karlshorst zu fahren:

„Ich fragte ihn, ob er mir einen Wagen zur Verfügung stellen könnte. Dies verneinte er. Er könne dies deshalb nicht tun, weil ihnen sonst der Wagen womöglich weggenommen würde. Sie würden einen Durchlaßschein erst in zwei Tagen erhalten.“

Während man Koch so völlig im Unklaren ließ, waren Hermes und Schreiber in diesen Tagen erfolgreicher: sie führten in Karlshorst ihre Verhandlungen, die zur Veröffentlichung des Gründungsaufrufs am 29. Juni führten. Ob die von den sowjetischen Offizieren wie auch von Ulbricht den LDP-Gründern gegenüber gemachte Aussage richtig ist, daß Hermes bei seinen Besprechungen versichert habe, die LDP werde nicht gegründet¹⁵, läßt sich nicht mehr genau nachprüfen. Es ist aber durchaus denkbar, daß solche Bemerkungen – sei es aus Unkenntnis, sei es, um diese Gründung zu verhindern – gemacht worden sind. Daß die damit verbundene Aussicht auf eine einzige bürgerliche Partei insbesondere die Führungsgruppe der KPD in Unruhe versetzte, ist bekannt und führte zu deren Initiativen, Kräfte für eine liberale Partei zu mobilisieren¹⁶. Tatsächlich aber hatten diese Bemühungen auf die Bildung der LDP keinerlei Einfluß, und zu ihrer Gründungsgruppe bestanden nicht einmal lose Beziehungen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß auch die dafür zuständigen sowjetischen Offiziere in diesen Tagen ihre Fühler ausstreckten nach den sonst noch vorhandenen politisch aktiven oder aktivierbaren Gruppen und Kräften. Welche das waren, läßt sich heute nicht mehr ausmachen – etwa eine Gruppe wie die der Steglitzer Liberal-Demokraten dürfte jedoch sehr wahrscheinlich darunter fallen. Am 30. Juni wurde Koch von einem sowjetischen Journalisten zu einem sondierenden Gespräch aufgesucht, dem ganz überraschend am 1. Juli eine Einladung der Gründungsgruppe zu einer Besprechung nach Karlshorst folgte. Damit war seitens der SMAD die Entscheidung zugunsten des Koch-Külz-Kreises als Kern einer vierten Partei gefallen; es läßt sich mit Sicherheit vermuten, daß sie sich für diese und keine andere Gruppe entschied, weil unter den Antragstellern neben zwei Habilitierten (Koch und Eich) zwei Reichsminister a. D. (Schiffer und Külz) waren. Wie es aus den Fragen der sowjetischen Offiziere deutlich hervorging, kam es der

¹⁵ S. u., Protokoll der Besprechung vom 1. Juli 1945.

¹⁶ Vgl. Leonhard (Anm. 2), S. 402 ff.

SMAD sehr auf den repräsentativen Charakter dieser Parteigründung an, sollten doch alle ähnlichen Gründungen in ganz Deutschland diese Berliner Gruppe als ihre natürliche Führung anerkennen.

Die drei Protokolle (Dok. 1–3) stammen aus dem Privatbesitz von Professor Dr. Waldemar Koch, der auch die oben wiedergegebenen Aktennotizen liebenswürdigerweise zur Verfügung stellte. Es handelt sich dabei um Aufzeichnungen, die unmittelbar nach den Besprechungen mit der SMAD angefertigt wurden, zwei von Koch selbst und eine von Arthur Lieutenant, dem Geschäftsführer der LDP.

Ihre Bedeutung liegt nicht nur in der anschaulichen Schilderung der Art und Weise dieser Besprechungen, sondern auch und vor allem darin, daß hier manches von den Motiven und den Zielen der sowjetischen Besatzungspolitik sozusagen „authentisch“ geäußert wird. Daß etwa die in Berlin zugelassenen Parteien in allen Zonen tätig sein sollten, geht aus den Fragen Garbatoffs und Semjonows indirekt, aus der zornigen Bemerkung Shukows sehr deutlich hervor. – Die Anwesenheit des KPD-Sekretärs Walter Ulbricht bestätigt nur einmal mehr dessen besondere Vertrauensstellung bei der Besatzungsmacht. Im übrigen bedeutete der von ihm gesprächsweise gemachte Vorschlag, „Fragen in einem Kreise der verschiedenen Parteien zu besprechen“, den Auftakt zum „Einheitsblock“^{16a}. – Aber auch die Offenheit, mit der Koch und Külz die Grundsätze ihrer Partei den Besatzungsoffizieren gegenüber darlegten, sollte nicht übersehen werden.

Man geht fehl in der Annahme, daß durch die rasche Bildung einer Zentrale in Berlin die Ausbreitung der LDP über das Gebiet der SBZ ausschließlich auf Initiativen „von oben“ zurückging. Vielmehr sind drei Arten von Gründungen außerhalb Berlins zu unterscheiden: solche, die direkt von der „Reichsleitung“ organisiert wurden; solche, die unabhängig von ihr aber erst auf den „Startschuß“ der entsprechenden Pressemeldungen hin zustande kamen; und schließlich autonome Gründungen unter eigenen Namen. Von den letzteren sollen hier einige vorgestellt werden. Zwar sind nur relativ wenige dieser Fälle bekannt geworden, aber es ist anzunehmen, daß es sehr viel mehr solcher Ansätze gegeben hat, die zumindest deutlich machen, daß die Trennung des liberalen vom christlich-demokratischen bzw. Zentrums-Flügel nicht auf einen Eingriff der Besatzungsmacht zurückgeht. –

In Netzschkau, einer Ortschaft von 10 000 Einwohnern in der Nähe von Reichenbach i. V., wurde am 10. Juli eine „Deutsche Demokratische Einheitspartei“ gegründet, die mit einem Aufruf im „Netzschkauer Tageblatt“ an die Öffentlichkeit trat¹⁷. Die Bezeichnung der Einheitspartei als „Zusammenfassung aller Stände

^{16a} Vor der offiziellen Konstituierung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ am 14. Juli hatten KPD, SPD und LDP eine informelle Besprechung am 4. Juli. KPD und SPD kritisierten dabei scharf einige Punkte des vorgesehenen LDP-Aufrufes, welcher dann auch entsprechend abgeändert erst am 5. Juli endgültig unterzeichnet wurde. (Eigene Information.)

¹⁷ S. u. Dokument 4; Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

und Berufe zu tatkräftiger Aufbauarbeit“ bezeugt ihren ausgesprochen bürgerlichen Charakter, der auch in der gleichzeitigen Frontstellung gegen „Unternehmerwillkür“ wie gegen „Klassenhaß“ zum Ausdruck kommt. Letzteres aber ist zugleich Beweis einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber der sehr wahrscheinlich bereits bestehenden KPD, was auch an der Erklärung zugunsten der NSDAP-Mitläufer deutlich wird – in Berlin wäre das gar nicht möglich gewesen. – Der Vorsitzende der Einheitspartei machte Mitte Juli einen Besuch bei Külz und bat um die Herstellung der Verbindung mit Dresden; das geschah dann auch.

In Dresden war am 6. Juli eine „Demokratische Partei Deutschlands“ gegründet und noch am 16. Juli von der Kommandantur genehmigt worden¹⁸. Erst am 15. Juli wurde den Gründern in Dresden etwas von der LDP in Berlin bekannt, woraufhin sich einer von ihnen, Johannes Dieckmann, an Külz wandte und ihm mitteilte:

„Da wir bis zu der vorerwähnten Radiomeldung vom 15. ds. Mts.¹⁹ von keiner Seite aus dem Reich über etwa beabsichtigte Gründungen einer antifaschistischen demokratischen nichtmarxistischen Partei etwas gehört hatten, haben wir hier die Initiative ergriffen und die hiesige Gründung als Keimzelle für das ganze Reich gedacht.“

Wie Dieckmann weiter mitteilte, stand ein programmatischer Aufruf unmittelbar vor der Veröffentlichung, und man hoffte, auch eine eigene Tageszeitung herauszubringen²⁰. Die führenden Leute kamen aus der alten Demokratischen Partei, teilweise aber auch aus der Volkspartei:

Prof. Dr. Kastner	(DDP) 1. Vorsitzender
Ernst Scheiding	(DDP-Generalsekretär für Sachsen)
Dr. Uhle	(DDP)
Dr. Menke-Glückert	
Dr. Thürmer	(DVP)
J. Dieckmann	(DVP) ²¹

In Görlitz hatten sich ebenfalls einige alte Demokraten zusammengetan und am 5. Juli die „Deutsche Demokratische Partei“ ins Leben gerufen, unterstützt vom neuen Oberbürgermeister, selbst Demokrat und auch jetzt wieder Mitglied. Erst auf die Nachricht vom Stand der Dinge in Berlin wurde ein Bote zu Külz gesandt mit der Bitte um Werbematerial, was ihm auch gegeben wurde²².

In Weimar hatte sich bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner

¹⁸ Brief Johannes Dieckmanns an Wilhelm Külz vom 17. Juli 1945; Külz-Nachlaß 74, Bundesarchiv Koblenz.

¹⁹ Es handelt sich vermutlich um eine Übertragung oder einen Bericht von der ersten Kundgebung der „Einheitsfront“ in Berlin am 14. Juli.

²⁰ Der Aufruf war nicht mehr zu beschaffen.

²¹ Dieckmann war, entgegen seinen heutigen Behauptungen, nie enger Mitarbeiter oder gar Sekretär Stresemanns: er war DVP-Geschäftsführer im Kreise Oldenburg, wo Stresemann sich einmal zur Wahl gestellt hatte.

²² Brief von Paul Henke an Wilhelm Külz vom 25. Juli 1945; Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

am 12. April um Leonhard Moog, den späteren thüringischen Minister, eine Gruppe von Parteifreunden aus der Demokratischen Partei gefunden, die – allerdings noch ganz im Stillen – die ersten Vorarbeiten für den thüringischen Landesverband einer neuen DDP leistete. Sobald die amerikanische am 4. Juli durch die sowjetische Besatzung abgelöst worden war, wurde dieser auch tatsächlich am 9. Juli gegründet, nachdem sich bereits verschiedene Ortsgruppen aufgetan hatten. Getragen wurde diese Gründung zunächst ausschließlich von alten DDP-Mitgliedern:

Leonhard Moog	1. Vorsitzender
Alphons Gaertner	1. Stellvertreter
Hermann Becker	2. Stellvertreter

Hier wie an verschiedenen anderen Orten wurde der Wechsel der Besatzungsmächte durchaus zunächst mit einem gewissen Optimismus zur Kenntnis genommen. Während die Amerikaner die Deutschen – entsprechend ihren Anweisungen – zumeist wie Unmündige behandelt und deren Initiativen soweit als möglich untersagt hatten, nahmen die Russen die Deutschen sofort politisch ernst und erreichten es, deren schlechte Erfahrungen mit ihren Vorgängern zur Schaffung einer guten Anfangsatmosphäre zu verwerten; sie erklärten, daß vier Parteien – KPD, SPD, das Zentrum „und eine demokratische Partei“ – zugelassen seien, welche Position dann die Gruppe um Moog sofort einnehmen konnte²³.

Auch in Halle bildete sich noch unter amerikanischer Besatzung im Geheimen ein kleiner Kreis alter Demokraten um den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Carl Delius. Man traf sich außerhalb der Stadt und arbeitete ein vorläufiges Programm für eine „Demokratische Volkspartei“ aus, für das auch bereits Unterschriften gesammelt wurden, so daß die Partei bereits bestand, als die Rote Armee einmarschierte. Delius selbst schreibt darüber²⁴:

„Die ersten Vorarbeiten für den Zusammenschluß bei uns hatten die sogenannten Possedisten, also die ehemaligen Konzentrationäre, politische Häftlinge und sonstigen Opfer des Faschismus geleistet. Damit galt für uns auch das Programm der neuen Partei, wobei wir uns darüber klar waren, daß die Partei nicht als eine Fortsetzung der nicht gerade rühmlich geendeten Deutschen Demokratischen Partei zu betrachten sei . . .“

Man wollte sich statt dessen vielmehr „uneingeschränkt auf den Boden einer wahrhaften Demokratie“ stellen²⁵, in der neue Verhältnisse auch neue Einstellungen verlangten: „Mit alten Formalien und Methoden war in der Gegenwart mit ihren gewaltigen Anforderungen keine erfolgreiche Politik zu treiben.“ Darum lehnten die Gründer es ab, „eine sogenannte bürgerliche Partei zu sein“²⁶ und erwarteten von einer Volkspartei die Vereinigung aller Schichten und Stände, die „keine Fortsetzung alter, jetzt überlebter Ziele und Methoden“ sei. Die Sorge davor, rückschrittlich, konservativ, nicht mehr zeitgemäß zu sein, war hier fast

²³ Eigene Information.

²⁴ Liberal-Demokratische Zeitung, Halle, 26. Januar 1946.

²⁵ ebd.

²⁶ Delius a. a. O., 26. Juni 1946.

schon zu einem ideologischen Komplex geworden: „In der Zeit, wo eine radikale, politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltung sich vollzogen hat, wäre es mehr als unverständlich, wenn man an das Vergangene anknüpfen wollte²⁷.“ Die Gründer der Volkspartei entstammten jedoch durchweg der Demokratischen Partei²⁸.

In Leipzig sind die Vorgänge besonders bemerkenswert, da hier der Versuch zur Bildung einer großen nichtsozialistischen Partei zunächst tatsächlich erfolgreich zu sein schien²⁹. Auch hier war unter amerikanischer Besatzung jegliche politische Tätigkeit untersagt; ebenso wie eine kommunistische Widerstandsgruppe „Nationalkomitee Freies Deutschland“ verboten wurde³⁰, konnte auch ein im Juni aus etwa fünfzig Kommunisten und Sozialdemokraten sowie zehn Bürgerlichen gebildeter Antifa-Block nicht an die Öffentlichkeit treten³¹. Das änderte sich mit dem sowjetischen Einmarsch am 2. Juli sehr schnell. Auf den durch Anschlag bekanntgemachten Befehl Nr. 2 hin trafen sich am 8. Juli eine Reihe von Persönlichkeiten des politischen Lebens der Stadt, um eine Partei „auf breitester Grundlage“ zu bilden, für die man den Namen „Demokratische Partei Deutschlands“ wählte. Ein Ausschuß wurde gebildet und die Ausarbeitung eines Programms beschlossen, das, von dem ehemaligen Zentrumsolitiker Karl Buchheim entworfen, am 21. Juli nach lebhaften Debatten angenommen wurde und durch Plakatanschlag als Aufruf veröffentlicht werden sollte³². Im „Block“ arbeitete die DPD bereits als dritte Partei und mit einem Drittel der Sitze mit, ohne daß von der Besatzungsmacht oder der KPD der Versuch einer Spaltung des „bürgerlichen Lagers“ gemacht worden wäre. Die Spannungen, die sich in der Partei einstellten, erwachsen vielmehr aus dieser selbst, aus grundlegenden Differenzen zwischen dem liberalen und dem christlichen Flügel, so daß einige Gründer sehr bald zu der Überzeugung kamen, die Partei werde sich in dieser Form nicht halten lassen³³:

„Als man nämlich über die Kernpunkte eines Programms sprach, stellte man fest, daß es zwei Begründungen gab, auf denen aufgebaut werden konnte, eine weltliche oder eine christliche. Und sowie das in unserem Bewußtsein lebendig wurde, beschlossen wir, bei guter Gelegenheit den christlichen Flügel als besondere Partei selbständig zu konstituieren.“

Das bot, wie man meinte, außerdem noch den taktischen Vorteil, den beiden marxistischen zwei bürgerliche Parteien gegenüber zu stellen. – Die „gute Ge-

²⁷ ebd.

²⁸ Carl Delius, Dr. Rexrodt (ehem. DDP-Hauptgeschäftsführer in Berlin), Walter Leuschel, Walter Kirst, Frl. Becker.

²⁹ Karl Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland; München 1953, S. 420 ff.

³⁰ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit; Bd. I, 1. Hbd., Berlin 1957, S. 52 f. und S. 98.

³¹ Eigene Information.

³² S. u. Dokument 5; im Besitz von Prof. K. Buchheim, München, der auch brieflich so freundlich war, einige Mitteilungen über die Vorgänge in Leipzig zu machen.

³³ Ernst Eichelbaum, „Wie es in Leipzig begann“; in: Der Tag, Berlin, 25. Juni 1955.

legenheit“ kam bereits sehr bald, indem die Kommandantur das Ankleben des bereits gedruckten Plakates mit dem Aufruf verbot und die auf den 29. Juli angesetzte öffentliche Kundgebung untersagte. Offensichtlich hatte sie inzwischen von den Berliner Vorgängen gehört und die Weisung erhalten, sich nach diesen zu richten. Die Vertreter der DPD bekamen nun gesagt: „Machen Sie was Sie wollen, aber schließen Sie sich einer der Berliner Gründungen an, die sind von Shukow genehmigt⁸⁴.“ Daraufhin beschloß man, einen Vertreter, Dr. Hans Reif, mit Verhandlungsvollmachten nach Berlin zu schicken, um Klarheit zu gewinnen. Dieser sprach dort mit Külz und Kaiser und entschied sich schließlich für die LDP, wohin ihm auch die Mehrheit der Leipziger Gruppe folgte, während der etwas schwächere christliche Flügel sich der CDU anschloß⁸⁵. –

In anderer Weise als in Berlin, aber jenen Vorgängen im Grundsätzlichen sehr verwandt, zeigte es sich auch in Leipzig, daß sich die sowjetischen Vorstellungen über das deutsche Parteiensystem und aus den deutschen Verhältnissen selbst erwachsende Bestrebungen weitgehend entgegenkamen und ergänzten. Beide Kräfte in ihrem Zusammenspiel waren es, die das Vier-Parteiensystem schließlich hervorbrachten.

Ekkehart Krippendorff

Dokument 1

Protokoll über die Besprechung bei der Sowjetischen Militärischen Administration am 1. Juli 1945.

Gestern Nachmittag erschien bei mir der Dolmetscher Gundlach in Begleitung des Oberstleutnant Martuso, um im Namen des Generalleutnant Bokow mich zu einer Besprechung betr. die DDP zu bitten. An dieser sollten aus dem Kreise von Vorstand und Hauptausschuß mindestens fünf Herren teilnehmen, die sofort zusammengestellt werden sollten, zu welchem Zwecke zwei Autos vorgefahren waren. Die Adressen hatte man bereits nach Möglichkeit aus dem Telefonbuch festgestellt.

Es war dann möglich, nachdem Herr Minister Dr. Külz zufällig in diesem Augenblicke mich aufsuchte, noch die Herren Lieutenant, Meyer und Dr. Schiffer anzutreffen. Wir fuhren zunächst zur Zentralkommandantur Alt-Friedrichsfelde 1, wo wir von dem früheren Reichstagsabgeordneten Ulbricht erwartet und begrüßt wurden, der heute Mitglied des Sekretariates der KPD ist. Er kannte die Herren Dr. Külz und Dr. Schiffer bereits aus dem Reichstage. Ferner war eine Dolmetscherin vorhanden. Wir fuhren dann nach Karlshorst weiter, wo uns nach einigem Warten der General Bokow in einem Gebäudekomplex empfing, der anscheinend eine frühere deutsche Militärische Offiziersakademie enthielt.

General Bokow, der ein Mann von etwa 40 Jahren ist und russisch sprach, sagte, daß es erwünscht sei, vor der Registrierung sich kennenzulernen. Zunächst mußten von den einzelnen Vertretern unserer Partei einigermaßen genaue Angaben über den Lebenslauf, die bekleideten Stellungen, die Stellungnahme zur NSDAP gemacht werden.

Es wurde weiter gefragt, wieviel Mitglieder die Demokratische Partei gehabt habe. Herr Külz gab an, daß nach 1918 die Partei 5,4 Millionen Stimmen auf sich vereinigt

⁸⁴ Eigene Information.

⁸⁵ Reif selbst blieb gleich als Geschäftsführer in Berlin.

hätte. Ich führte aus, daß wir keineswegs nur die zu vertreten beabsichtigten, die auf dem Boden der alten Demokratischen Partei gestanden hätten. Vielmehr wollten wir die bürgerlichen Parteien, die rechts von den marxistischen Parteien gestanden hätten, bei uns ansammeln mit Ausnahme des Zentrums. Allerdings würden deutsch-nationale Kreise bei uns ohne besonderen Einfluß auf die Parteipolitik sein. Mit Rücksicht auf den weiteren Kreis, den wir zögen, beabsichtigten wir auch, uns nicht – wie zuerst angegeben – Deutsche Demokratische Partei zu nennen, sondern Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

Es wurde gefragt, warum wir das Zentrum ausschlossen. Dazu habe ich erklärt, daß wir der Ansicht sind, daß das Zentrum jedenfalls in dem Gebiete, in dem es die Majorität hat, sich ohnehin selbständig konstituieren würde. Wir hielten einen un-mittelbaren Zusammenschluß der Katholiken und der demokratischen Kreise für eine unnatürliche und nicht dauerhafte Ehe. Das Zentrum habe übrigens auch nach 1918 versucht, nachdem die Bezeichnung Zentrum nicht populär war, sich als Christlich-Soziale Partei zu bezeichnen und andere Kreise an sich zu ziehen, sei dann aber später zum Namen Zentrum zurückgekehrt.

Wir seien der Ansicht, daß man die Politik nicht mit der Religion verquicken solle, und daß man daher keine Partei auf der Grundlage eines religiösen Bekenntnisses zusammenschließen solle.

Herr Külz erklärte dazu noch, daß dies nicht etwa ein Gegensatz zu derartigen Parteien bedeutete, und daß wir sehr wohl mit derartigen Parteien zusammenarbeiten könnten.

Es wurde dann gefragt, wie wir uns zu organisieren beabsichtigten. Ich erklärte, daß wir den Wunsch hätten, daß in ganz Deutschland gegründet würde, indem diejenigen, die auf dem Boden unseres Programmes ständen, sich zusammenschließen und mit uns zentral in Verbindung setzten.

General Bokow erwähnte, daß bisher nur zwei Parteien registriert seien, die KPD und die SPD. Die Partei der Christlich-Demokratischen Union sei bisher noch nicht registriert, weil man an diese ebenfalls noch Fragen hätte. Von dort aus sei ihm gesagt worden, daß die Deutsche Demokratische Partei nicht gegründet werden würde. Dazu habe ich bemerkt, daß es den Herren sehr wohl bekannt gewesen sei, daß wir uns bereits gegründet haben.

Ich wurde dann ersucht, mich über die Ziele der Partei zu äußern. Dies habe ich anhand des Programms getan. Insbesondere wurde auf die Einstellung der Partei zum Kriege eingegangen, wozu ich erklären konnte, daß wir diesen ablehnten.

Zu der gestellten Frage nach Wiedergutmachung erklärte ich, daß wir verständen, daß diese Forderung geltend gemacht würde, und daß eine solche am ehesten dann möglich sein würde, wenn man die deutsche Wirtschaft arbeiten ließe und sie nicht durch Maßnahmen hemmt.

Es wurde auch die Frage der Einstellung zum Großgrundbesitz aufgeworfen. Hier seien Reste des Feudalismus vorhanden. Ich fragte zunächst noch, ob denn Deutschland Großgrundbesitzungen verblieben wären. Dazu wurde erwidert, daß dies zur Zeit der Fall sei. Ich habe dann erklärt, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Deutschland wie in Rußland Getreideüberschüsse lieferten, die von den kleinen und mittleren Betrieben nicht zu erwarten seien. Auch Herr Dr. Külz machte darauf aufmerksam, daß man unterscheiden müsse zwischen dem Großgrundbesitz als Typ des Wirtschaftsbetriebes und als Erscheinungsform des Feudalismus. Von dem letzteren sei in Deutschland nichts übrig geblieben.

Ich wurde ferner gefragt, wie wir uns zu den Unternehmern stellten, die Pg seien oder die geflohen wären.

Ich habe erklärt, daß ich nichts dagegen hätte, wenn vorgeschrieben würde, daß Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder nicht Pg gewesen sein dürften. Seien sie Unter-

Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945 301

nehmer gewesen, so könne hier wie auch sonst das Eigentum evtl. dazu benutzt werden, die Lasten des Krieges in erster Linie auf die Schultern derjenigen zu legen, die den Krieg verschuldet hätten, welch letzteres ja nach unserem Programm zu betreiben sei. Soweit Unternehmer ihre Betriebe verlassen hätten, müßte untersucht werden, aus welchem Grunde dies geschehen sei. Es schiene nicht zweckmäßig, Betriebe in Staatsbetriebe umzuwandeln, die sich nicht eigneten. Wohl aber seien auch wir dazu zu haben, daß z. B. Versorgungsbetriebe wie überhaupt kommunale Betriebe kommunalisiert würden.

Herr General Bokow erklärte, daß die Unterzeichnung durch Marschall Shukow gefällt werden würde, und daß diese in zwei bis drei Tagen vorliegen dürfte.

Auf meine Frage bat er, ihm die neue Bezeichnung der Partei schriftlich zu erklären und auch das Programm in seiner endgültigen Form beizufügen, das wir ja evtl. noch auf Grund der Aussprache abändern könnten. Er wollte mir heute zwei Uhr einen Wagen schicken, der mich zur zentralen Kommandantur bringen sollte.

Wir wurden dann noch eingeladen, ein Essen im Offizierskasino einzunehmen, an dem auch Herr Ulbricht teilnahm, der bei der ganzen Unterhaltung anwesend gewesen war, ohne sich aber an ihr zu beteiligen. Augenscheinlich wird die KPD in dieser Weise ins Bild gesetzt. General Bokow unterhielt sich auch vor der Besprechung mit ihm. Bei Tisch warf Ulbricht die Frage auf, ob wir bereit seien, Fragen in einem Kreise der verschiedenen Parteien zu besprechen. Dies wurde von mir und auch von Herrn Dr. Külz ausdrücklich bejaht. Ulbricht erwähnte, daß Hermes die Mitteilung gemacht hätte, daß wir die Gründung der DDP nicht durchführen würden. Den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union hätte die KPD nicht gebracht, weil die Registrierung noch nicht vorlag. Wenn diese vorläge, wollten sie beide Aufrufe gleichzeitig veröffentlichen.

Ich habe den Eindruck, daß auf Grund der Mitteilung von Hermes die Russen unseren Antrag zunächst haben liegen lassen. Sie haben dann aber schließlich am 30. 6. zunächst einmal den Vertreter der Moskauer Zeitung Krasnaja Swesda (Zeitung der Roten Armee) zu mir geschickt, der mit mir an meinem Bett eine längere Unterhaltung führte, in der ich ihm erklärt habe, daß wir uns von der anderen Partei getrennt halten werden. Vielleicht ist daraufhin gestern plötzlich die Besprechung durch General Bokow angesetzt worden.

Berlin, den 2. Juli 1945

Koch

Dokument 2

Berlin, den 10. Juli 1945

Auf Einladung der russischen Hauptkommandantur fand in deren neuem Sitz – Tierärztliche Hochschule Luisenstraße – eine Besprechung über den Registrierungsantrag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands statt. Es nahmen teil

von der Hauptkommandantur

Herr Generalmajor Baranoff, als Versammlungsleiter

Herr Generaloberst Garbatoff

Herr Gesandter Semenow, als Dolmetscher

Herr Oberst Jelisarow, als stellv. Versammlungsleiter

von der Lib.-Dem. Partei Deutschlands

Herr Dr. Waldemar Koch, Vorsitzender der Partei

Herr Minister a. D. Dr. Külz

Herr Minister a. D. Dr. Schiffer

Herr Bürgermeister a. D. Lieutenant, Geschäftsführer der Partei.

Vierteljahrshefte 6/3

Herr Generalmajor Baranoff teilte mit, daß unsere Partei nunmehr registriert worden sei.

Herr Dr. Koch spricht seinen Dank aus.

Herr Dr. Schiffer spricht von den großen Rechten, die uns aus der Registrierung erwachsen, weist aber auf die ernsten Pflichten hin, die uns die Arbeit am deutschen Volke bringt. Vor allen Dingen müsse Vorsorge getroffen werden, daß sich nicht reaktionäre Elemente unter einem Deckmantel in die Partei einschleichen und die Arbeit sabotieren.

Herr Lieutenant weist darauf hin, daß die Dem. Partei bereits Verhandlungen mit den anderen bereits registrierten Parteien aufgenommen habe. Die Hauptarbeit dieses Blocks werde die Verhinderung irgendwelcher versteckter faschistischer oder militaristischer Arbeit sein.

Herr Dr. Külz betont, daß die Liberal-Demokratische Partei keine Nazis als Mitglieder aufnimmt. Alle Partei-Mitglieder ständen in der Arbeit gegen die Faschisten zusammen. Die Frage der Wiedergutmachung müsse in engster Zusammenarbeit mit den Siegerstaaten geregelt werden.

Herr Generaloberst Garbatoff fragte, wo die Partei ihre Arbeit aufnehmen wollte.

Herr Dr. Koch erwiderte, daß das Arbeitsgebiet ganz Deutschland sei, sobald die Verkehrs- und postalischen Verhältnisse dies erlauben.

Herr Generaloberst Garbatoff fragte weiter, in welchen Zonen die größten Schwierigkeiten eintreten werden.

Herr Dr. Koch hofft, daß auch die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden zu gegebener Zeit in ihren Zonen die Arbeit der Parteien erlauben werden.

Herr Gesandter Semenow weist auf die großen Aufgaben hin, welche den Parteien erwachsen, die nicht nur in der Bekämpfung des Faschismus liegen. Er erinnert z. B. an die Ernte, an die Ingangsetzung des Verkehrs u. a. Wenn auch Deutschland militärisch besiegt sei, so sei doch die militaristische und faschistische Ideologie aus dem deutschen Volke zu beseitigen. Es werde noch lange Zeit versteckte Anhänger dieser Ideologie geben, denn zu große Kreise des Volkes seien blinde Anhänger des Faschismus gewesen.

Herr Dr. Koch konnte diese Ansicht nicht unwidersprochen lassen. Aus seiner Kenntnis seien auch unter Hitler weite Kreise Gegner des Systems gewesen.

Herr Lieutenant sieht die Hauptarbeit auf dem Gebiete der Jugendziehung, denn die deutsche Jugend sei von der hitlerischen Theorie des Rassenwahns verseucht und könne nur mit schärfsten Methoden wieder zu wirklicher demokratischer Auffassung erzogen werden.

Herr Gesandter Semenow hält den Drang der Deutschen nach Osten und Westen seit Jahrzehnten für falsch; das deutsche Volk müsse sich an andere Ziele, als Eroberungen gewöhnen. Es gäbe so viel wichtige Aufgaben eines Volkes, die mit dem Faschismus absolut nichts zu tun haben.

Herr Dr. Külz weist auf unsere Programmpunkte hin, in denen es deutlich heißt, ein neues deutsches Volk und ein neues Deutschland.

Herr Gesandter Semenow fragt, ob die Demokr. Partei bekannte Persönlichkeiten im Ausland habe.

Herr Dr. Koch nennt einige Namen.

Herr Dr. Schiffer glaubt, daß die Partei sich mehr an die nackten Tatsachen halten müsse, um ersprießliche Arbeit zu leisten. Es gäbe so viel dringliche Aufgaben, die das deutsche Volk zu erledigen habe, daß keine Zeit zu Polemik bleibe, sondern es hohe Zeit sei, an die Arbeit zu gehen.

Herr Dr. Koch sagt, der Erfolg der Arbeit der Partei wird von den Möglichkeiten abhängen, die die Besatzungsmächte dem deutschen Volk zu erfolgreicher Arbeit lassen. Vorbedingung ist die Wiedereingangssetzung von Verkehr und Wirtschaft.

Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945 303

Herr Gesandter Semenow will unsern Antrag auf Genehmigung einer parteieigenen Zeitung prüfen und stellt einige Fragen, wie z. B. Auflage. Es wurde ihm erwidert, daß an eine Auflage von 100 000 gedacht sei. Es wurden weitere Wünsche von uns geäußert, wie Auto, Papier für die Zeitung, Geschäftsräume.

Herr Oberst Jelisarow sicherte uns weitgehendste Unterstützung zu. Wir sollten uns mit allen Fragen an die Hauptkommandantur wenden. Allerdings sei erwünscht, daß immer dieselbe Persönlichkeit in der Hauptkommandantur erscheine. Hierfür wurde Herr Lieutenant genannt.

Herr Dr. Koch fragte nach Genehmigung eines Rundfunkvortrages. Auch hierfür sollte ein schriftlicher Antrag vorgelegt werden.

Auf Anfrage des Namens unserer geplanten Zeitung nannte Herr Dr. Koch: Neues Deutschland. Als Herausgeber wurde Herr Minister Dr. Külz genannt.

Damit schloß die Besprechung.

Lieutenant.

Dokument 3

Aktennotiz

5. 9. 1945

Betrifft: Besprechung bei Marschall Shukow

Ich wurde um etwa 15.30 Uhr telefonisch aufgefordert, zum General Bokow zu kommen, wo 17.30 Uhr eine Besprechung sein solle. Ich wünschte, lieber morgen zu kommen, da ich eine Vorstandssitzung angesetzt hätte. Darauf wurde erklärt, daß dies nicht möglich sei. Ich habe dann um Entsendung eines Wagens gebeten, der um 17.30 Uhr ankam. Auf diese Weise hatte ich dreißig Minuten Zeit gehabt, die Frage der Landreform im Vorstande zu besprechen. Man war einstimmig der Meinung, daß die Zustimmung zur Enteignung des gesamten Besitzes über 100 ha abgelehnt werden solle. Dagegen sei eine organische Siedlung gutzuheißen.

In Karlshorst waren Dr. Hermes und Dr. Schreiber bereits anwesend, dgl. Herr Ulbricht und dessen Frau, die dolmetschte. Wir wurden zu Marschall Shukow geführt; außerdem nahm General Bokow teil.

Shukow nahm zunächst mich vor und fragte, was unsere Partei mache. Ich erzählte ihm von ihrer Ausdehnung, der Gründung von Landesgruppen in Thüringen, Sachsen usw. Er meinte, daß es zu langsam ginge, worauf ich auf die Schwierigkeiten des Verkehrs hinwies. Telegramme und Briefe seien nicht möglich.

Hierauf bemerkte Shukow, daß er vor vierzehn Tagen einen Befehl unterzeichnet habe, wonach den Parteien Briefe, sogar vertrauliche Briefe, (gemeint sind wahrscheinlich verschlossene Briefe) erlaubt seien.

Shukow kam dann auf die Einheitsfront zu sprechen. Er fragte, warum ich die Junker verteidige. Diese seien die Träger des Militarismus gewesen und hätten den Krieg gewollt. Ich sagte ihm, daß die Großgrundbesitzer, die ich kenne, keine Militaristen und keine Junker seien. Er fragte, welche Gutsbesitzer ich kenne. Ich sagte ihm, sogar ostpreußische entsprechende Grundbesitzer. Über solche zu reden, lehnte er ab, da Ostpreußen nicht mehr zu Deutschland gehöre. Er verlangte dann, weitere zu wissen, und ich nannte ihm Gebersdorf.

Shukow beklagte sich dann über die Haltung beider Parteien in der Einheitsfront. Mit der KPD und der SPD sei er zufrieden, mit der LDP und der CDU dagegen nicht. Besonders die letztere unterscheide sich in ihrer Presse nicht mehr vom Faschismus. Er selbst aber fände jedes Körnchen Faschismus aus jedem Zeitungsinhalt heraus. Die Einheitsfront solle friedlich zusammenarbeiten. Sie stände jetzt vor einer

Vierteljahrshefte 7/3

ernsten Prüfung. In der Provinz seien die Ortsgruppen der Einheitsfront für eine Bodenreform. Die Führung der Einheitsfront zeige aber nicht das gleiche Einverständnis. Dadurch handle man auch gegen die Beschlüsse der Provinzialregierungen. Man solle auf die Sowjets hören.

Shukow hielt dann Dr. Schreiber den Inhalt einer Rede vor, die dieser kürzlich in Wittenberg gehalten hat. Er hätte gesagt: ‚Die deutschen Soldaten haben für eine gerechte Idee gekämpft. – Das deutsche Volk könne weder moralisch noch wirtschaftlich die Verantwortung für die Folgen des Krieges tragen . . . Die Bodenreform müsse zur Verelendung des Volkes führen.‘ Dies alles sei faschistisch.

Dr. Schreiber stritt derartige Äußerungen ab. Vielmehr seien seine Worte verdreht wiedergegeben worden.

Shukow wies darauf hin, daß der Inhalt stenographisch aufgenommen worden sei (lt. Schreiber hat die Versammlung im Freien stattgefunden, wo eine Gelegenheit zum Stenographieren nicht vorhanden war. Es hat sich jemand Notizen gemacht. Die KPD-Leute waren wütend, weil sie in der Diskussion nicht zugelassen wurden).

Shukow erklärte, sie könnten diejenigen Parteien liquidieren, die ihnen nicht gefielen. Das beabsichtigten sie jedoch nicht. Sie hätten auch Regierungsorgane geschaffen, wo alle Parteien vertreten seien. So gingen sie politisch voran. Die Amerikaner und Engländer müßten ihnen folgen. Die Russen nehmen die Großindustrie als Reparationen fort und würden nur die Industrie lassen, die dem friedlichen Leben dient.

Wir sollten friedlich miteinander leben. Die Bodenreform wird durchgeführt werden und zwar von unten her. Man solle diese aber nicht von oben her stören. Politiker müßten Konzessionen machen. Je schneller die Junker fortkämen, um so schneller würde die faschistische Ideologie verschwinden.

Dr. Hermes wies darauf hin, daß die Einheitsfront die Angelegenheit noch gar nicht behandelt hätte sondern nur ein Unterausschuß. Er selbst hätte Siedlungen durchgeführt. Bei Enteignungen müßten Entschädigungen gezahlt werden, aber nicht an Kriegsverbrecher.

Shukow wies darauf hin, daß die Truppen eine halbe Million ha bearbeiteten, die von den Besitzern verlassen worden seien. Die Geflüchteten bekommen ihre Güter nicht zurück. Man müsse jetzt die Bodenreform beschleunigen. Es sei dies eine Prüfung für die Einheitsfront.

Dr. Hermes erklärte noch, daß der Block die Prüfung bestehen werde.

Shukow: Schreiber und die Neue Zeit seien eine ernste Gefahr. Diese Zeitung handle viel Kriegsprobleme.

Shukow fragte im Anschluß an Ausführungen die ich machte, ob wir Wünsche hätten. Ich erklärte, daß wir die Genehmigung von Zeitungen in Potsdam und Leipzig beantragt hätten. Shukow antwortete, daß die Papierversorgung schwierig sei. Wenn Papier von den neuen Papierfabriken zur Verfügung stehen würde, so würde er einverstanden sein. Er fragte ferner, ob wir nicht 30–50 000 Exemplare an die Provinz liefern könnten. Ich sagte, daß wir dazu in der Lage sein würden, wenn die Auflage auf 150 000 erhöht würde. Shukow sagte hierauf zunächst 50 000 Exemplare zusätzlich zu. Davon sollten wir dann Potsdam und Leipzig befriedigen. Dazu habe ich dann wieder bemerkt, daß wir diese beiden extra genehmigt und versorgt zu haben wünschten. Dazu äußerte sich Shukow zustimmend aber wohl für den Zeitpunkt, wo hinreichend Papier vorhanden ist.

Dr. Hermes berichtete dann von den Landesverbänden der CDU in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Pommern. Auch seien Ortsgruppen in Köln, Bochum gegründet, ferner in Greifswald, Magdeburg und Burg. Fernerhin seien Gründungen in Süddeutschland vorbereitet.

Dazu fragte Shukow, ob die Engländer und Amerikaner einverstanden wären,

Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945 305

was bejaht wurde. Die Genehmigung dazu ist aber nicht von Berlin sondern örtlich eingeholt worden.

Ich fragte ihn, ob er uns Ausreisegenehmigungen in die englisch-amerikanische Zone geben würde. Er sagte, daß dieses in Zukunft möglich sein werde.

Dr. Hermes erbat sich noch drei Autos, die ihm auch zugesagt wurden. Ferner wünschte er Telefon. Eine Telefonliste soll unter Angabe von Ort und Person an General Bokow gegeben werden.

Auch uns wurde die Namhaftmachung weiterer Telefonanschlüsse zugebilligt.

Andererseits verlangte Shukow, daß der Redakteur der Neuen Zeit entlassen würde. Dr. Hermes bat, ihm noch einmal Gelegenheit zu geben. Doch sagte Shukow, daß es besser wäre, wenn er abträte. Man könne ihn ja anders beschäftigen. Solange er dort sei, würde die Zeitung kein zusätzliches Papier bekommen. ‚Ihre Zeitung ist schlechter als die von Koch.‘ Dr. Hermes führte dann aus, daß es seine entschiedene Überzeugung sei, daß nicht alle Deutschen schuldig sind, worauf Shukow erwiderte, wir wollen nicht alle über einen Kamm scheren.

Über meine eigenen Ausführungen habe ich naturgemäß keine Notizen machen können. Man kann sagen, daß die erste Viertelstunde ein Dialog zwischen Shukow und mir war, die nächste halbe Stunde ein solcher insbesondere mit Dr. Schreiber, darauf mit Dr. Hermes.

Der Schluß der Unterhaltung war friedlich, gefördert durch einige Gläser Rigaer Bier, das in Römern serviert wurde.

Berlin, den 5. September 1945

Koch

Dokument 4

Aufruf!

Netzschkauer Tageblatt, 70. Jg., Nr. 5, 14. Juli 1945

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Ihr habt durch Tatsachenmaterial, das uns die Siegermächte in lückenloser Form unterbreitet haben, erfahren, mit welchen brutalen und verwerflichen Mitteln das Deutsche Volk während der Naziherrschaft vergewaltigt und in den Krieg getrieben worden ist.

Ihr wißt jetzt, daß dieser in der Geschichte einmalige Opfergang unseres im Kern seines Wesens friedliebenden Volkes vergeblich war. Durch Ströme von Blut, durch die Trümmer der Städte und Dörfer wurde der deutsche Soldat sinnlos über das europäische Festland und in die afrikanische Wüste gehetzt.

Eingeschüchtert, mit der Faust der Gestapo im Nacken, stand der Rüstungsarbeiter zwölf Stunden und länger an der Werkbank, wurden deutsche Frauen und Kinder unter bitterster Not von Ort zu Ort getrieben, angeblich um den Schrecken des Luftkrieges zu entgehen, der sie an dem neuen Aufenthaltsort in den meisten Fällen um so härter packte.

Jetzt, nachdem die Waffen ruhen, ist es unsere Pflicht, Einkehr zu halten und uns zu fragen, warum mußte das sein und warum mußte alles so kommen?

Der Größenwahn und die maßlose Überheblichkeit einer faschistischen Führerschicht haben dem deutschen Volke Ideen eingehämmert, die als national und sozialistisch gepriesen wurden, in Wirklichkeit aber nichts mit nationalem Selbstbewußtsein und noch viel weniger mit sozialistischen Idealen zu tun hatten.

In beispielloser Anmaßung wurden weltliche und religiöse Anschauungen, die jahrhundertlang die Grundpfeiler deutschen Wesens bildeten, mit rücksichtsloser

7/8*

Gewalt ausgerottet und die geistige Freiheit des Volkes in die Zwangsjacke eines sogenannten „Mythos des 20. Jahrhunderts“ gepreßt.

Der Gott der Juden und der Christen wurde von den Nazi-Herrschern beurlaubt und erst, nachdem das ganze Volk bis in den Hals in ein Meer von Blut und Tränen getrieben war, als „Vorsehung“ aus dem Urlaub zurückgerufen mit dem Ersuchen, dem am Ende seiner Kunst angelangten genialen Feldherrn Adolf Hitler zu helfen.

Diese einmalige Erdrosselung der geistigen und persönlichen Freiheit eines großen Volkes wurde als Einigung des Deutschtums in allen seinen Stämmen ausposaunt, während in Wirklichkeit unter der dünnen Oberfläche trügerischer Einigkeit ein abgrundtiefer Klassenhaß entstand und laufend genährt wurde.

Den faschistischen Raubrittern genügte aber nicht die Versklavung des eigenen Volkes – nein – das Schlagwort „Mangel an Lebensraum“ bildete den Deckmantel für die Eröffnung von Feindseligkeiten gegen fast alle Länder Europas und die Entfesselung des furchtbarsten aller Kriege.

Mit beispielloser Frechheit wurden uns bewußt erlogene Greuelmärchen über die Zustände bei anderen Völkern aufgetischt, und besonders die Staatsform sowie die inneren Verhältnisse der Sowjetunion wurden in Grund und Boden verdammt.

Diese Urteile und Kritiken erlaubten sich sogenannte faschistische Politiker, denen fremde Länder und Sitten nur aus Geschichtsbüchern bekannt waren und die aus eigener Anschauung, aus eigenem Erleben und Wissen nicht die leiseste Ahnung von Art und Wesen fremder Völker hatten.

Jetzt sind uns die Augen geöffnet worden!

Wir wissen jetzt, daß dieser Krieg in jedem Falle hätte vermieden werden können, wenn die Führung unseres Volkes in den letzten 12 Jahren nicht in den Händen von Männern gelegen hätte, deren einziges Rüstzeug Größenwahn und Militarismus waren.

Männer mit tiefverwurzelter demokratischer Gesinnung, mit gründlicher Kenntnis fremder Völker und Sitten wären als Lenker des deutschen Schicksals mit Sicherheit fähig gewesen, nicht nur einen völlig sinnlosen Krieg zu vermeiden, sondern auch die Zeit zu nutzen, um Brücken zu anderen Völkern zu bauen und unser Volk zu einem angesehenen, gewichtigen und glücklichen Mitglied einer friedlichen europäischen Völkerfamilie zu machen.

Jeder mit Vernunft begabte Mensch muß sich heute zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß nur eine Regierungsform auf breiter, demokratischer Grundlage absolute Gewähr bietet zur Vermeidung von künftigen Kriegen und für die gedeihliche Entwicklung der Völker zur Freiheit, zu innerer Einigkeit und zum Glück.

Jede Diktatur, jede Klassenherrschaft muß mit unvermeidlicher Konsequenz zu neuem Völkermorden, zur inneren Zersetzung und schließlich zum restlosen Untergang führen.

Das deutsche Volk steht heute in seiner Geschichte auf dem tiefsten Punkt in Schmach und Elend.

Trotzdem wird die Großmut der Siegermächte uns die Möglichkeit geben, zu einem neuen Anfang und zu neuem Aufstieg – aber es wird dies unsere letzte Chance sein!

Nicht nur die Gelegenheit zur eigenen, ehrlichen und restlosen Bereinigung unseres Volkskörpers von allem faschistischen Dreck werden uns die Besatzungsmächte geben, sondern sie werden tatkräftige Hilfe leisten, sobald sie von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugt sind.

Diese Überzeugung können sie aber nur gewinnen, wenn wir unsere vielfache Schuld bedingungslos anerkennen, unser eifriges Bemühen um eine Wiedergutmachung beweisen und zeigen, daß wir den Weg gehen wollen, der allein die spätere Zusammenarbeit mit anderen Völkern ermöglicht.

Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945 307

Eine Grundlage hierfür ist der Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte, ist die Ablegung eines politischen Bekenntnisses.

Die Kriegsfurie wäre nicht durch unser Land gerast, wir könnten heute froh, frei und glücklich sein, wenn wir dem Faschismus nicht vor 13 Jahren das Sprungbrett für die Machtergreifung aufgebaut hätten.

Die politische Zersplitterung unseres Volkes in unzählige Parteien und Gruppen und das Beiseitestehen der Feigen und Unentschlossenen gab den Nazis allein die Möglichkeit, die Macht an sich zu reißen.

Wir wollen und dürfen jetzt in der entscheidungsvollsten Stunde unseres Volkes nicht dieselben Fehler begehen!

Keiner darf abseits stehen!

Keine politische Zersplitterung darf eintreten!

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI ist die Zusammenfassung aller Stände und Berufe zu tatkräftiger Aufbauarbeit – sie wird keine Versprechungen machen, die sie nicht erfüllen kann.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI bekämpft den Klassenhaß und wird für eine gerechte Verteilung von Arbeit, Brot und Verdienst sorgen. Sie wird rücksichtslos gegen jeden Unternehmer vorgehen, der Arbeiter oder Angestellte unterdrückt oder ausnützt, um seine eigenen Taschen zu füllen.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI wird in engster Fühlung mit den Siegermächten und den Besatzungsbehörden arbeiten, um eine Vertrauensbasis zu schaffen, die allein zu einer erträglichen Gegenwart und zu einer freien und glücklichen Zukunft führen kann.

Sie wird sich mit den anderen großen Parteien zum antifaschistischen Block zusammenschließen.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI wird auch frühere Angehörige der NSDAP als Mitglieder aufnehmen, sofern sie nicht im faschistischen Sinne tätig waren und nur als irreführte Mitglieder einwandfrei erkannt werden. Die Entscheidung über die Aufnahme früherer Parteigenossen der NSDAP trifft ein besonderer Vertrauensausschuß, der sich aus alten Antifaschisten zusammensetzt, die lange Jahre in der hiesigen Gemeinde ansässig sind.

Arbeiter – Angestellte – Beamte – Handwerker – Gewerbetreibende – Bauern – Unternehmer – Angehörige aller freien Berufe – deutsche Männer – deutsche Frauen aller Konfessionen – Konfessionslose und Parteilose – befreit Euch von der gefährlichen Unentschlossenheit.

Hinein in die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI!

Hinein in die PARTEI DER TATI

10. Juli 1945

Demokratische Einheitspartei
Bezirk Netzschkau und Umgebung
A. Mundt

Formulare zur Anmeldung sind erhältlich:

Tageblatt-Geschäftsstelle, Wilhelmstr. 6
Oberingenieur Fuß, Goldenweg 14
Rathaus, Zimmer 2

und müssen ausgefüllt an eine der vorgenannten Stellen abgegeben werden. Flüchtlinge und Evakuierte melden sich hier und werden bei der Abreise an die Bezirksstelle ihres Heimatortes überwiesen.

Vorläufiger Meldeschluß: 25. Juli 1945

Dokument 5

Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig.

Männer und Frauen in Stadt und Land! Deutsche Jugend!

Nach mehr als zwölf Jahren Gewissenszwang ist das deutsche Volk aufgerufen, sein durch wahnwitzige Machtpolitik zerstörtes Gemeinwesen von Grund auf neu zu bauen. Was uns hinterlassen wurde, sind Trümmer und Chaos: die Trümmer unserer Arbeitsstätten, Wohnungen und Kulturdenkmäler, und das Chaos des wirtschaftlichen und geistigen Lebens. Unsre Sache ist es, aus dieser entsetzlichen Katastrophe wieder einen Weg zur Klarheit und Ordnung zu finden. Für den Krieg, den Hitler entfesselt hat, werden wir alle mit verantwortlich gemacht. Europa erwartet von uns, daß wir uns nicht fernerhin vom Völkerrecht ausschließen, sondern uns einfügen in eine Welt, die sich auf der Grundlage des Bundes der Vereinten Nationen erneuern und befriedigen will. Der Hebel, mit dem der Nationalsozialismus das Bestehende zum Einsturz brachte, war die schrankenlose und willkürliche Diktatur seiner Partei. Die Grundbedingung des Neuaufbaus ist also die Absage an solche Diktatur und die Wiederherstellung der natürlichen Kräfte der politischen Willensbildung. Diese natürlichen Ströme fließen zusammen in der Gesamtvertretung der antifaschistischen Parteien. Unentbehrlich ist unter ihnen der Strom jener bewußt demokratischen Kräfte, die von den früheren republikanischen Mittelparteien herkommen. In dem Raume, den sie ausfüllten, darf keine Lücke bleiben, weil hier so viele lebendige Kräfte ihren Schwerpunkt haben, die Deutschland jetzt in seiner Not am wenigsten entbehren kann. Darum tritt an diese Stelle die

DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS.

In ihrem Namen rufen wir zu uns den Arbeiter, den Bauern, den Bürger, unsre altbewährten Mitkämpfer und die Jugend, die gewillt ist, sich von der oberflächlichen Romantik der Soldatenspielerlei und der Denkfaulheit des Kadavergehorsams abzuwenden und dem leuchtenden Ideal der politischen Freiheit zuzustreben. Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere. Welches sind die Güter, die wir wiedererlangen und für immer festhalten wollen? Fragt euch, was ihr unter Hitlers Tyrannei habt entbehren müssen, dann werdet ihr selbst finden, was wir uns zu sichern haben. Vornehmlich sind es sieben Dinge: Freies Wort und sicheres Recht, gerechten Lohn und billiges Brot, kaufkräftiges Geld, einen friedlichen Staat und religiösen Geist.

Freies Wort: Zwölf Jahre war das Wort in Ketten geschlagen. Schon der Gedanke, ehe er ausgesprochen wurde, sollte in Uniform gepreßt werden. Jede selbständige Urteilsbildung durch Rundfunk oder Schriften wurde zum Verbrechen gestempelt. Nur das überlaute Mundwerk der Propaganda war frei, und schlimmer noch: das giftige Wort des Denunzianten. Vergeßt nicht, wie unsittlich und eines großen Volkes unwürdig dieser gegenseitige Verkehr im Flüsterton und mit scheuen Blicken nach rechts und links gewesen ist! Darum proklamieren wir wieder die freie Presse, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Freiheit des Forschens und Glaubens!

Sicheres Recht: Die verheerende Unsicherheit des Rechts unter der Naziherrschaft haben wir alle gespürt. Es war eine orientalische Despotie, in grellem Widerspruch zu germanischem Geist, den die Nazis anpriesen! Wir haben ein Leben der Furcht geführt, und die Greuel der Konzentrationslager haben uns vor aller Welt entehrt.

Gerechten Lohn: Der Nationalsozialismus prahlte mit „Schönheit der Arbeit“

und „Kraft durch Freude“. In Wirklichkeit kam es ihm nur an auf äußerste Ausbeutung für den Krieg. Man verteilte Zuckerbrot, um bald desto rücksichtsloser die Peitsche zu schwingen. Willkürliche Vergünstigungen sind kein gerechter Lohn. Sie demoralisieren den Arbeiter. Das neue Deutschland wird sozial sein. Es würde klare Ansprüche auf Entlohnung und Fürsorge anerkennen.

Billiges Brot: Wir dürfen uns nicht von der Weltwirtschaft abschließen, sondern müssen uns eingliedern und unser Volk an den Gütern der Welt teilnehmen lassen, soviel wir davon durch unsere Produktion einzutauschen imstande sind. Wir brauchen eine leistungsfähige bäuerliche Veredlungswirtschaft, die der Ernährung des Volkes besser dient als konkurrenzunfähige Getreidewirtschaft. Die Beseitigung der unproduktiven Kriegsrüstung wird unsre Wirtschaft ihren ureigenen Zwecken, der Erzeugung von Nahrung, Kleidung und Wohnungen wiedergeben.

Kaufkräftiges Geld: Durch verderbliche Inflation schon einmal ausgeplündert, sah unser Volk seit langem mit Schrecken die Entwertung seiner Ersparnisse. Daß eine gewaltige Verarmung eingetreten ist, wird jedem klar, der sich den Umfang der Zerstörungen an den Produktionsanlagen, Verkehrsmitteln, Wohnungen usw. vor Augen hält. Wir werden einen Mißbrauch der Währung zur Staatsfinanzierung nicht dulden, sondern arbeiten, um das Mißverhältnis zwischen Geld und Gütern zu überwinden und unsern Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Einen friedlichen Staat: „Im Namen unseres Volkes“ wurden seit 1938 unsre sämtlichen Nachbarn überfallen oder mit Überfall bedroht. „Im Namen unsres Volkes“ wurde der Krieg begonnen und totalisiert. Es war für die andern Völker unmöglich, neben einem solchen Angreiferstaat zu leben. Nicht minder unmöglich war es im Grunde für uns, in ihm zu leben. Denn dieser im innersten Wesen unfriedliche Staat führte Krieg auch gegen seine eigenen Bürger. Er lebte von Ausbeutung und Vergewaltigung. Einen friedlichen Staat fordert nicht nur die Kultur, sondern auch alle kluge Politik. Darum verurteilen wir auch den von Preußen gezüchteten Militarismus, der das deutsche Bürgertum politisch korrumpierte und zuletzt Hitlers Steigbügelhalter und Mitschuldiger geworden ist.

Religiösen Geist: Hinter den Redensarten vom „Allmächtigen“ und der „Vorsehung“ die Hitler im Munde führte, verbarg sich in Wahrheit die Vergötzung seiner eigenen Person. Wenn er von „Verantwortung vor der Geschichte“ sprach, meinte er in Wirklichkeit seine absolute Verantwortungslosigkeit. Der völkische Gedanke ist seinem innersten Wesen nach heidnisch, und der Rassenwahn ist der Ausdruck unmenschlicher Barbarei. Es konnte nicht anders kommen, als daß der Nazistat immer stärker zur Religionsverfolgung überging. Aber die Kirchen haben sich als ein Hort der Freiheit erwiesen. Vergesst nicht, deutsche Männer und Frauen, aus diesen Zusammenhängen eine Lehre zu entnehmen! Es gibt kaum ein anderes Volk, das sich in Geist und Leben so weit von den religiösen Bindungen gelöst hat, wie das unsre. Man kann sich aber nicht ungestraft aus der Verantwortung vor Gott ablösen.

DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS, Bezirk Leipzig

i. A.: Kaufmann Richard Pudor, Rechtsanwalt Dr. Freiherr von Stoltzenberg, Fabrikdirektor Dr. Ing. Müller-Bernhardt, Bez.-Leiter Paul Nowak, Volkswirt Dr. Hans Reif, Verlagsleiter Dr. Karl Buchheim, Rechtsanwalt C. G. Ruland und der Arbeitsausschuß.

Beitrittserklärungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle der Demokratischen Partei Deutschlands, Leipzig N 22, Montheßtr. 16 (Ruf 5 63 51).

Erste öffentliche Kundgebung am Sonntag, dem 29. Juli 1945, 10 Uhr, im „Capitol“, Peterstraße 20

Eintritt nur gegen Karten.